



Tiefere Personalkosten oder mehr Männer im Team: Die Hoffnungen an Zivildienstleistungen in Kinderkrippen sind verschieden.

KEystone

Zivis betreuen zwar Kinder, senken aber nicht die Kosten

Zu wenig Fachkräfte Zivildienstleistende sollen Kinderkrippen finanziell entlasten - doch der Einsatz überzeugt die betroffenen Kreise nicht restlos und stösst zum Teil auf harsche Kritik

VON ANNA WANNER UND DORIS KLECK

Zivildienstleistende sollen vermehrt in Krippen und Tagesstätten (Kitas) aushelfen und Kinder betreuen. Weil ihr Einsatz hauptsächlich über den Erwerbsersatz finanziert wird, können Kitas beim Personalaufwand sparen - so zumindest die Idee von Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der die Massnahmen der Fachkräfteinitiative konkretisiert hat. Gemäss «NZZ am Sonntag» ist der Zivi-Einsatz in Kitas eine von mehreren Ideen, um grundsätzlich gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Anstatt Personal im Ausland zu rekrutieren, soll das Potenzial in der Schweiz besser ausgeschöpft werden. Neben zusätzlicher Ausbildung zielt der Bundesrat vor allem auf die Vereinbarung von Beruf und Familie ab.

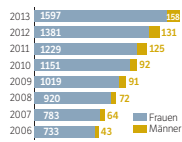
Zu kurzer Einsatz

Die Idee des Kita-Einsatzes ist nicht neu. Rund 80 000 Diensttage pro Jahr leisten Zivis bereits heute. Nach Einschätzung von Olivier Rüeggsegger, Kommunikationsbeauftragter der Vollzugsstelle für Zivildienst, halten sich Angebot und Nachfrage nach Zivis etwa die Waage. Das Echo sei positiv, weil die Kitas so zu männlichen Betreuern kommen.

Das bestätigt Nadine Hoch, Geschäftsleiterin des Verbands Kinderbetreuung Schweiz (Kibe). Für sie steht beim Zivi-Einsatz aber nicht die Kosten-, sondern die Genderfrage im Vordergrund. Denn durch den Einsatz im Zivildienst sinke die Hemmschwelle für junge Männer, eine Arbeit

KINDERBETREUUNG

So viele Frauen und Männer haben die Berufsausbildung abgeschlossen



QUELLE: BFS

GRAFIK: NCH/NSA

kennen zu lernen, die gemeinhin als weiblich gilt. «Männer steigen dadurch eher in den Beruf ein.»

Allerdings nennt sie auch konkrete Nachteile. «Der Einsatz eines Zivis ist mit drei Monaten zu kurz.» Für Kinder sei es wichtig, längere Beziehungen aufzubauen. Ausserdem sei ein Zivi nicht spezifisch ausgebildet: «Eine Fachkraft kann nicht ersetzt werden.»

Die Branche setzt deshalb weiterhin auf die Ausbildung von Kinderbetreuern, die im Zeitraum von drei Jahren eine Berufsausbildung abschliessen. Seit 2006 konnte die Zahl von 776 auf 1755 Ausbildungen pro Jahr mehr als verdoppelt werden, bei Männern stieg das Interesse zur gleichen Zeit fast um ein Vierfaches von 43 auf 158. Ob darin auch ehemalige Zivildienstleistende enthalten sind, ist nicht bekannt.

Gemeinhin wird die Entwicklung als positiv bewertet. Statt ewige Praktikanten zu

engagieren, werden nun Lernende ausgebildet, die mit einem anerkannten Fachzeugnis abschliessen. Allerdings steigen damit auch die Personalkosten einer Kita.

«Zivis schaden dem Berufsbild»

Dass Kitas dank des Einsatzes der Zivis weniger Ausgaben verbuchen müssen, kann Olivier Rüeggsegger von der Vollzugsstelle nicht bestätigen. Zivis seien nicht dazu da, um Kitas Kosten sparen zu helfen. «Sie sind nicht gratis, sondern das Tüpflein auf dem I.» Laut Rüeggsegger kosten Zivis eine Kita etwa ähnlich viel wie Praktikanten. Er betont, dass Betriebe per Gesetz nicht strukturell von den Zivis abhängig sein dürfen: «Sie verzerren den Wettbewerb.»

Die Ausbildungsstätten sehen im Einsatz der Zivis hingegen eine Gefahr für den Berufsstand. «Der Einsatz der Zivis wertet den Beruf ab. Denn die Kitas signalisieren damit: Jeder kann das!», sagt Esther Warnett, Geschäftsleiterin der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit und Soziales Aargau. Sie sei von der Idee «gar nicht begeistert». Der Ansatz sei falsch. Die Aufwendungen der Kitas liessen sich kaum senken, denn gutes Personal koste etwas. Hingegen sei die Finanzierung zu überprüfen.

Das sieht auch Nadine Hoch von der Kibe so. Damit sich jede Familie eine Kita leisten könne, müssten sich die Arbeitgeber an der Finanzierung beteiligen. Sonst blieben die unterschiedlichen Kosten pro Familie und Kanton erhalten. **KOMMENTAR RECHTS**

ARBEITSMARKT

Massnahmenpaket für Eltern

Der Bundesrat will Mütter und Väter besser im Arbeitsmarkt integrieren, indem sie sicherstellt, dass sich Erwerbsarbeit lohnt. Erstmals wird er dafür die Einführung der Individualbesteuerung prüfen und damit die Heiratsstrafe abschaffen. Zweites will er Tagesstrukturen für Kinder ab vier Jahren in der gan-

zen Schweiz ausbauen. Drittens sollen sich Arbeitgeber grosszügiger gegenüber Eltern zeigen, indem sie beispielsweise Teilzeitarbeit ermöglichen. Schliesslich soll der Bund weitere vier Jahre die Anstossfinanzierung für Kinderkrippen leisten und Zivildienstleistende Kitas finanziell entlasten, indem sie Kinder betreuen. (WAN)

KOMMENTAR

Der Griff in die Trickkiste

Die gute Nachricht ist: Im Departement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird intensiv an Massnahmen gegen den Fachkräftemangel gearbeitet. Kürzlich hat der Bundesrat entschieden, wie die höhere Berufsbildung gestärkt werden soll. Und auch bei der Förderung der Ingenieur- und Technikberufe sind bereits Nägel mit Köpfen gemacht worden. Übers Wochenende wurde nun bekannt, wie das



von Doris Kleck

Wirtschaftsdepartement die Frauen zurück in die Arbeitswelt holen will. Unter anderem dank des Einsatzes von Zivildienstleistenden in Kinderbetreuungsstrukturen. In einem internen Papier heisst es: «Einsatz von Zivis könnte als konkrete Massnahme kommuniziert werden, um die Kosten der Tagesstrukturen zu senken.»

Nun gut, Zivis arbeiten bereits heute in Kitas. Sie werden geschätzt, weil sie männlich sind. Es ist denn auch nichts gegen sie einzuwenden. Nur: Als Kostensenker taugen sie nichts - sie sind nicht günstiger als Praktikanten. Wenn Zivis die Rechnungen der Kitas entlasten sollen, dann muss der Bund zulassen, dass sie fix in die Betreuungsarbeit und damit in die Stellenpläne mit eingerechnet werden können. Nur widerspricht dies diametral dem Grundsatz, dass Zivis den Wettbewerb nicht verfälschen sollen. Und seien wir ehrlich: Kitas sind ein Business. Der Wettbewerb wird gefördert, zum Beispiel mit Betreuungsgutscheinen, und das ist auch gut so.

Der Verdacht liegt nahe, dass es bei den Zivis in den Kitas mehr um die Kommunikation als um den Inhalt geht. Wer will es den Verantwortlichen schon verbieten: Die Massnahmen gegen den Fachkräftemangel sind vielschichtig. Meist betreffen sie unterschiedliche Departemente, die Kantone, die Wirtschaft - und das Parlament hat auch noch mitzureden. Die Abschaffung der Heiratsstrafe und die Finanzierung von Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter sind politisch von ganz anderem Kaliber als die Zivis in der Kita. Umso erfreulicher, dass der Wirtschaftsminister auch diese heissen Eisen endlich anpacken will.

✉ doris.kleck@azmedien.ch

NACHRICHTEN

SELFIE-AFFÄRE Mitarbeiterin verlässt Parlamentsdienste

Die wegen eines Nacktbildes an ihrem Arbeitsplatz freigestellte Mitarbeiterin der Parlamentsdienste hat sich in gegenseitigem Einvernehmen von ihrem Arbeitgeber getrennt. Dies gaben die Parlamentsdienste gestern nach Abschluss der personalrechtlichen Überprüfung bekannt. Für die betroffene Mitarbeiterin wäre eine ungehinderte Ausübung ihrer Arbeit in der Folge der medialen Berichterstattung nicht mehr möglich gewesen. (SDA)

ASYLWESEN Luzern und Zug greifen zur Notfallplanung

Die Kantone Luzern und Zug brauchen mehr Platz für Asylbewerber und greifen deshalb zur Notfallplanung. Luzern verpflichtet 67 Gemeinden dazu, innerhalb von zehn Wochen Unterkünfte bereitzustellen. Der Kanton Zug quartiert Asylbewerber im alten Kantons-spital ein. In beiden Kantonen sind die verfügbaren Plätze voll belegt. Der Bund allerdings überweise deutlich mehr Asylsuchende als erwartet, teilte das Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern mit. (SDA)

7 Krankheiten verursachen 50 Prozent der Kosten

Gesundheitskosten Nicht-übertragbare Krankheiten wie Krebs, Demenz oder Diabetes kosten jedes Jahr Milliarden, wie eine neue Studie belegt.

VON REBECCA VERMOT (SDA)

Die medizinische Behandlung nichtübertragbarer Krankheiten hat 2011 fast 52 Milliarden Franken gekostet. Das sind über 80 Prozent der gesamten Gesundheitskosten von 64,6 Milliarden Franken aus jenem Jahr. Die indirekten Kosten wie Pflege durch Angehörige oder Abwesenheit am Arbeitsplatz summieren sich ebenfalls in zweistelliger Milliardenhöhe.

Dies geht aus einer Studie hervor, die das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern präsentiert hat. Die Studie, die im Rahmen der nationalen Strategie zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten entstand, hatte zum Ziel, die direkten Kosten aller nichtübertragbaren Krankheiten (NAD) in der Schweiz sowie die direkten und indirekten Kosten von sieben Spitzenreitern zu berechnen.

Diese «Spitzenreiter» sind gemäss BAG Diabetes, Erkrankungen der Atemwege, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebs, muskuloskeletale Erkrankungen, psychische Erkrankungen und Demenz. Die medizinischen Kosten dieser sieben Krankheiten beliefen sich 2011 auf über 33 Milliarden Franken oder 51 Prozent der gesamten Gesundheitskosten.

Die höchsten Kosten entfallen mit 12,2 Milliarden Franken auf muskuloskeletale Erkrankungen. Die Behandlung chronischer Rückenschmerzen kostet 7,5 Milliarden Franken, rheumatische Erkrankungen 4,7 Milliarden Franken. Grund für diese Milliardenkosten ist die Häufigkeit und die lange Dauer dieser Beschwerden. Die medizinischen Behandlungen von nicht-nichtübertragbaren Krankheiten machen 14,7 Prozent, diejenigen für Nicht-Krankheiten wie Schwangerschaften oder Prävention 5,3 Prozent der gesamten Gesundheitskosten aus.

Entlastung durch Prävention

Zu den direkten Kosten zählten die Forschenden der BAG-Studie die medizinische Behandlung mit Medikamen-

ten, im Spital sowie ambulante Arztleistungen und die Pflege. Die indirekten Kosten ziehen keine direkten Zahlungen oder Ausgaben nach sich und erscheinen auch nicht im Total der Gesundheitsausgaben. Eingerechnet sind darin der Produktivitätsverlust, aber auch die Pflege durch Angehörige.

Laut BAG liessen sich mit Prävention und Früherkennung Kosten einsparen. «Mit weniger chronischen, nichtübertragbaren Krankheiten würden weniger hohe Kosten für die Krankenversicherung und für andere Sozialversicherungszweige anfallen.» Zum Teil seien die Krankheiten aber genetisch bedingt. Daher liessen sich mit Prävention und Gesundheitsförderung nicht alle Ausgaben vermeiden.